Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 67 — Sonnabend, den 6. Juni 1931. — 44. Jahrgang

Notverordnung fertiggestellt.

Dem Reichspräsidenten vom Kanzler zur Kenntnis gebracht. Veröffentlichung Ende der Woche.

Berlin, 4. Juni.

Das Reichskabinett hat am Mittwoch in einer neuen Beratung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine Arbeiten an der Notverordnung beendet. Im Anschluß daran begab sich Reichskanzler Dr. Brüning zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um den Reichspräsidenten über die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zu unterrichten. Die Veröffentlichung der Notverordnung wird frühestens Ende der Woche erfolgen. Da Reichspräsident von Hindenburg in den nächsten Tagen nach Neudeck fährt, wird die Verkündung der Notverordnung möglicherweise von Neudeck aus erfolgen.

Die vom Reichskabinett fertiggestellte neue Notverordnung stellt im ganzen ein geschlossenes Programm mit dem Zweck der Etatsanierung dar. Auch in Kreisen des Reichskabinetts ist man sich durchaus darüber klar, daß die politische Situation bei dieser Verordnung schwieriger ist als bei der vom vorigen Dezember. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß jetzt nicht wie damals nur einige wenige Bevölkerungsschichten betroffen werden. Diesmal werden selbst den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Kleinrentnern gewisse Opfer auferlegt. Die Reichsregierung will die Notwendigkeit dieser Maßnahmen in der Kundgebung begründen, die gleichzeitig mit der Notverordnung veröffentlicht werden wird. Sie besteht aus zwei Teilen, wovon der erste eine Darstellung der gegenwärtigen Situation enthält, während der zweite Teil einen Ueberblick über den Inhalt der Notverordnung gibt.

Im ganzen besteht die Notverordnung aus etwa zwei Dutzend Gesetzen, die textlich zum Teil allerdings recht kurz sind. Wie verlautet, wird die 40-Stunden-Arbeitswoche mit dieser Verordnung keine gesetzliche Festlegung erfahren. Das Kabinett hat die Festlegung, von der in letzter Zeit häufig die Rede war, offenbar aus einer Reihe von Gründen im Augenblick nicht für opportun gehalten.

Die neuen Belastungen.

Voraussichtlicher Inhalt der Notverordnung.

Berlin, 4. Juni.

Die neue Notverordnung wird etwa zwei Dutzend Einzelgesetze enthalten und gleichzeitig mit einer eingehenden Erklärung der Reichsregierung veröffentlicht werden, in der diese an den Opfersinn des deutschen Volkes appelliert, gleichzeitig aber auch die Versicherung ausspricht, daß die Reichsregierung die Revision der Tributlasten unverzüglich in Angriff zu nehmen entschlossen sei.

Dem Inhalte nach wird die Notverordnung fünf Gruppen von Fragen umfassen: 1. Ersparnismaßnahmen, 2. neue Steuern, 3. Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der sonstigen Sozialversicherungen, 4. Maßnahmen zur Besserung des Arbeitsmarktes, 5. neue Mittel für die Länder.

Die Einsparungen am Reichshaushalt

sollen etwa 220 bis 230 Millionen Mark erbringen. Sie setzen sich zusammen aus Abstrichen bei den Sachausgaben, u. a. mit 50 Millionen beim Reichswehrhaushalt, ferner 60 Millionen durch den Fortfall der Rückzahlung von Lohnsteuern bei eintretender Arbeitslosigkeit, verschiedenen anderen kleineren Einsparungen, sowie endlich den Gehaltskürzungen bei den Beamten. Die Gehälter der Beamten werden um 4 bis 8 v. H. gekürzt. Weiter soll die Kinderzulage für das erste Kind herabgesetzt werden. Auch die Renten der Kriegsbeschädigten werden um 4 v. H. gekürzt.

Die Steuererhöhungen

sollen rund 700 Millionen erbringen. Hiervon entfallen auf die Erhöhung der Zuckersteuer etwa 110 Millionen, Mineralzölle etwa 75 Millionen, Tabaksteuer etwa 13 Millionen. Den größten Betrag soll die neu eingeführte Krisensteuer mit 440 Millionen erbringen. Sie soll nach 2 verschiedenen Steuertarifen erhoben werden, und zwar a) als Krisenlohnsteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern (ohne Beamte), und b) als Krisensteuer der Veranlagten von den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen. Die Krisenlohnsteuer beträgt bei Monatseinkommen bis 300 Mark 1 v. H., bei Monatseinkommen bis 700 Mark 1,5 v. H., bei Monatseinkommen bis 1000 Mark 3,5 v. H., bei Monatseinkommen bis 1500 Mark 4 v. H., bei Monatseinkommen bis 3000 Mark 4½ v. H., bei Monatseinkommen über 3000 Mark 5 v. H. Die Krisensteuer der Veranlagten soll betragen bis 8000 Mark Jahreseinkommen 1 v. H., bis 20 000 Mark 1,5 v. H., bis 100 000 Mark 2 v. H., bis 250 000 Mark 2,5 v. H., bis 500 000 Mark 3 v. H., bis 1 000 000 Mark 3,5 v. H., über eine Million 4 v. H.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung

sehen keine Beitragserhöhungen vor. Man will vielmehr die Sanierung durch innere Reformen erzielen, die Einsparungen im Betrage von etwa 300 Millionen Mark ergeben. So sind u. a. vorgesehen eine Verlängerung der Wartezeit, besondere Maßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, u. a. m. Sämtliche Leistungen aus der Versicherung werden um 5. v. H. gekürzt

Die Maßnahmen zur Ankurbelung des Arbeitsmarktes

bestehen in der Schaffung eines Ankurbelungsfonds für die Wirtschaft aus den überschießenden Beträgen, sowie in der Ermächtigung zur Kürzung der Arbeitszeit. Das Reichskabinett erhält die Ermächtigung, die gesetzliche Arbeitszeit in besonderen Fällen auf dem Verordnungswege für bestimmte Wirtschaftszweige auf 40 Stunden wöchentlich zu verkürzen.

Die Ersparnisse und die Mehrerträgnisse der indirekten Steuern

sollen für die Deckung des Etatsdefizits verwandt werden.

Die Kürzungen der Beamtengehälter

in den Ländern und Gemeinden fließen den Ländern und Gemeinden zu, die des weiteren auch die Mittel aus der bisherigen Rückerstattung der Lohnsteuer erhalten. Ferner erhalten Länder und Gemeinden Mittel aus dem Ausgleichsfond bei der Hauszinssteuer, der etwa 110 Millionen enthält, so daß Länder und Gemeinden rund 400 Millionen Mark erhalten.

Unterwegs nach Chequers.

Die Abreise des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius nach England erfolgte Mittwoch abend 11.32 Uhr. Im Verlaufe des heutigen Donnerstags werden sich die Staatsmänner in Cuxhaven auf dem Hapagdampfer „Hamburg" einschiffen, der sie nach Southampton bringen wird. Von dort begeben sich Kanzler und Außenminister mit der Bahn nach London. Sonnabend mittag treten die deutschen Gäste im Kraftwagen die Fahrt nach Chequers an, wo sie sich bis Sonntag nachmittag aufhalten werden. Für Montag ist u. a. ein Empfang beim englischen König vorgesehen. Die Rückkehr ist für Dienstag in Aussicht genommen.

Erörterungen der Vorschläge.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister werden in Chequers zur Reparationsfrage nicht einen bestimmten Vorschlag erörtern, sondern die Herren werden, nachdem sie die Gesamtlage Deutschlands dargestellt haben, eine Reihe von Vorschlägen zur Reparationsfrage zur Erörterung stellen.

Nach den vorhandenen Möglichkeiten können sich diese Vorschläge beziehen auf die Verkündung eines Transfer- und Zahlungsmoratoriums. In unterrichteten Kreisen wird jedoch nicht angenommen, daß ein solcher Vorschlag viel Aussicht auf Erfolg hat. Die Apparatur der Haager Verträge sieht keine Schutzmaßnahmen vor, die für die gegenwärtige Lage Deutschlands mit sofortiger Wirkung zu ergreifen sind.

Es kann deshalb vielmehr angenommen werden, daß aus den Haager Verträgen in Verbindung mit politischen Maßnahmen das Mittel zur sofortigen Hilfeleistung für Deutschland gefunden werden muß. Dazu bietet Anlaß die Anrufung des Beratenden Sonderausschusses der BIZ.

Es ist aber auch denkbar, daß nach Fühlungnahme mit den Kabinetten gleich eine Reparationskonferenz einberufen wird, auf der die Gläubigerregierungen als solche vertreten sind und daß daneben die Verhandlungen der BIZ. und mit der BIZ. stattfinden.

Stimsons Informationsreise.

Die amerikanischen offiziösen Kommentare sind bemüht, den privaten Charakter der Stimsonreise zu betonen, aber schon die amerikanische Presse geht über diese Tendenz hinaus und bestätigt, daß es sich um eine Informationsreise handelt, die für die Gestaltung der amerikanischen Politik zu wichtigen internationalen und insbesondere europäischen Problemen von entscheidender Bedeutung werden dürfte. Das ergibt sich auch bereits aus der Vorgeschichte dieser Reise, aus den eingehenden Besprechungen, die Präsident Hoover mit den diplomatischen Vertretern seines Landes bei den Regierungen Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands in diesen Tagen und Wochen hatte.

Im Vordergrund des Informationsbedürfnisses, das den in seiner noch nicht sehr langen Amtstätigkeit als ausgezeichneten Diplomaten und Mann von klarer Erkenntnis und sicherer Entschlußkraft bewährten Staatssekretärs Stimson nach Europa führt, steht zweifellos das Abrüstungsproblem.

In dieser Frage hat sich die amerikanische Regierung sehr stark eingesetzt, und es ist für Hoover und seine Freunde, die innerpolitisch nicht gerade auf Rosen gebettet sind, notwendig, hier einen weithin sichtbaren Erfolg zu erzielen. Stimson wird sich ein Bild machen von den Strömungen, die für die Haltung der einzelnen Regierungen bestimmend sind und den Einfluß Amerikas spielen lassen. Es ist durchaus möglich, daß sich daraus auch die Gelegenheit ergibt, wirtschafts- und finanzpolitische Probleme einzubeziehen, wenn der amerikanische Staatsmann sieht, daß diese Dinge tatsächlich von ausschlagebendem Einfluß auf die politischen Verhältnisse Europas sind, und insofern darf man, ohne übertriebene Hoffnungen, damit rechnen, daß seine europäische Mission über die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hinaus auch die Reparationsfrage miteinbegreifen könnte.

Der amerikanische Staatssekretär wird auch nach Berlin kommen, und die deutschen Staatsmänner werden dann Gelegenheit haben, so wie es jetzt in Chequers geschieht, auch die politische Leitung der Vereinigten Staaten freimütig und deutlich über die Lage Deutschlands zu informieren. Unsere Hoffnung muß sein, daß diese diplomatischen Gespräche fruchtbar werden, und zwar in nicht zu weiter Ferne.

Schacht über Tributrevision.

Die Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände.

Dresden, 4. Juni.

Auf der Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände nahm Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht das Wort, um zunächst zu erklären, daß seine Ausführungen nicht als eine Kandidatenrede für den Reichskanzlerposten angesehen werden dürfte.

Der Vorstoß in der Tributrevisionsfrage müsse von Deutschland ausgehen.

Die Goldklausel sei aus dem Youngplan weggelassen worden, weil sie nur in den ersten Jahren sich zu unseren Gunsten ausgewirkt hatte. Logischerweise wäre auf ein Steigen ein Sinken des Goldwertes gefolgt. Auf die Frage

„Was können wir denn zahlen?"

müsse Deutschland eindeutig erklären: „Wir können nicht einen einzigen Pfennig zahlen, sondern wir müssen noch etwas herauskriegen von dem, was wir bereits bezahlt haben, und, so erklärte Dr. Schacht mit laut erhobener Stimme, wir kriegen bestimmt später wieder etwas heraus."

Ich will, so fuhr Dr. Schacht dann fort, wieder den unverfälschten Youngplan in Kraft setzen. Man darf nicht sagen: „Wir wollen nicht zahlen! In diesem Falle tritt die Sanktionsklausel des Haager Abkommens in Kraft. Nein, wir wollen den Youngplan erfüllen. Aber die Gegner hindern uns daran. Eine Lösung des Tributproblems läßt sich finden in der Feststellung gegenüber unseren Gläubigern: Ich will erfüllen, aber auf Eure Kosten! Ihr müßt Euren Handel dementsprechend einschränken."

Unsere Außenpolitik ist stets an der einzig lebenswichtigen Frage, der Tributfrage, vorbeigegangen. Voraussetzung für eine wirklich produktive Außenpolitik ist aber gerade die Lösung der Tributfrage. Auf die Frage: „Warum haben Sie den Youngplan unterzeichnet?" sagt Dr. Schacht: „Warum haben wir den Krieg nicht gewonnen?" Ein besiegtes Volk könne seinen Kampf um die Freiheit nur schrittweise führen. Vorbedingung für eine Tributrevision war die Rheinlandbefreiung, der Youngplan aber brachte diesen politischen Nebenkampfer.

Grandi über Deutschland.

Zollunion, Abrüstung, Reparationen.

Rom, 5. Juni.

Schon durch ihren Umfang ragt die Rede, mit der der italienische Außenminister Grandi vor dem Senat die gesamtpolitische Lage Europas behandelt hat, hervor, aber sie war nicht nur durch ihr Ausmaß, sondern vielmehr noch durch ihren Inhalt eine wichtige außenpolitische Aktion der italienischen Regierung. Besonders auf die drei Fragen, die im wesentlichen Europa beschäftigen, ist Grandi ausführlich und mit sehr bemerkenswerten Darlegungen eingegangen.

Um das Negative vorwegzunehmen: zu dem deutsch-österreichischen Zollplan hat der italienische Außenminister eine ablehnende Stellung eingenommen, wenn er auch damit die Politik seines Landes in dieser Frage noch nicht endgültig festlegen wollte.

Er hat sowohl den deutsch-österreichischen Gedanken der Zollunion wie den französischen Plan finanzieller Unterstützung als unzureichend abgelehnt und die italienischen Verträge mit Oesterreich und Ungarn als richtungweisende Beispiele hingestellt, aber schon seine Erkenntnis, daß man nur mit bescheidenen und konkreten Mitteln hoffen könne, die europäische Wirtschaftskrise zu überwinden, läßt eine gewisse Hoffnung, daß Italien seine zunächst wohl aus der Ueberraschung zu erklärende und durch seine Ostpolitik bestimmte Ablehnung noch einmal revidieren möchte.

In den beiden anderen Hauptpunkten

seiner Rede hat Grandi um so mehr positive Gedanken in den Vordergrund gestellt. Das gilt für seine Ausführungen zum Abrüstungsproblem, die er mit einer offenherzigen Kritik der bisherigen Entwicklung einleitete, und die er mit der besonders für französische Ohren gemünzten Erkenntnis schloß, daß ein Uebergewicht der Waffen in den Völkern den Sinn für Gerechtigkeit schwächt.

Mit besonderer Ausführlichkeit verweilte Grandi bei dem Reparationsproblem, das ihn zu einer eingehenden Betrachtung über die Lage Deutschlands führte.

Seine Feststellung, daß die Reparationen eine der schwersten Ursachen der wirtschaftlichen und infolgedessen auch der politischen Krise sind, an der Europa leidet, ist ein Bekenntnis, das nicht ohne praktische Folgerungen bleiben sollte, und das auch in die nun bevorstehenden Besprechungen von Chequers hineinklingen wird. Die sehr stark betonte Sympathie, die der verantwortliche Leiter der italienischen Außenpolitik für Deutschland bekundete, wird nicht nur von dem deutschen Volke und seiner Regierung gern und dankbar zur Kenntnis genommen werden, sondern es wird, so hoffen wir, auch ein internationales Echo auslösen, wenn von so hervorragender Stelle aus darauf hingewiesen wird, daß es im wesentlichen der Druck der internationalen Verpflichtungen Deutschlands ist, der seine schwere innere Krisis verursacht hat und die Reichsregierung vor die ungeheure Aufgabe stellt, Heilmittel zu schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310606-14/fragment/page=0001

Deutschland erhebt Beschwerde.

Wegen der Ueberfliegung der Nordseeküste durch französische Flugzeuge.

Berlin, 5. Juni.

Die amtlichen Nachforschungen nach der Herkunft der ausländischen Flugzeuge, die an der deutschen Nordseeküste gesichtet wurden, haben nunmehr ergeben, daß es sich hierbei tatsächlich um französische Flugzeuge handelte. Die Flieger waren auf der Heimkehr von Kopenhagen begriffen und hatten Erlaubnis zur Ueberfliegung holländischen Gebietes. Da sie eine Genehmigung zur Ueberfliegung deutschen Gebietes nicht hatten, haben sich die Franzosen also einer Grenzverletzung schuldig gemacht. Der deutsche Botschafter in Paris ist angewiesen worden, unverzüglich bei der französischen Regierung Protest zu erheben.

Im Juli Haager Zoll-Verhandandlung.

Verkündung des Gutachtens für August zu erwarten.

Haag, 5. Juni.

Der Internationale Gerichtshof im Haag hat den beteiligten Regierungen seine Beschlüsse über die Durchführung des Verfahrens in der Angelegenheit der österreichisch-deutschen Zollunion bekanntgegeben. Danach sollen die Regierungen dem Gerichtshof bis zum 1. Juli eine schriftliche Darlegung ihres Standpunktes einreichen.

Die öffentliche Verhandlung ist für die zweite Julihälfte in Aussicht genommen; bei dieser Gelegenheit werden dann die Regierungen durch ihre Vertreter nochmals mündlich zu Worte kommen. Die Reichsregierung wird sich in dieser Sitzung durch den Direktor des Instituts für ausländisches öffentliches und Völkerrecht, Prof. Dr. Bruns, vertreten lassen. Die Verkündung des Haager Gutachtens ist für den Monat August zu erwarten.

Spanische Wahlen ausgeschrieben.

Auch die Basken verlangen Selbstverwaltung.

Madrid, 5. Juni.

Die spanische Regierung hat im Verordnungsblatt die Bestimmungen für die Wahlen zur Nationalversammlung veröffentlicht. Sie erklärt sich bereit, ihre Machtbefugnisse nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung niederzulegen und über ihre Maßnahmen Rechenschaft abzulegen.

Die Basken haben dem Beispiel Kataloniens folgend, nunmehr der Madrider Regierung ein Verfassungsprojekt eingereicht, damit es der Nationalversammlung zur Bestätigung vorgelegt wird. Die Basken fordern darin weitgehende Selbstverwaltung innerhalb der spanischen föderativen Republik und verlangen die Anerkennung der baskischen Sprache.

Franzosen überfliegen die Deutsche Bucht.

Norderney, 4. Juni.

Am Mittwoch wurden drei französische Flugzeuge über der Deutschen Bucht gesichtet. Eines der Flugzeuge flog dabei über Norderney und ist schon durch das eigenartige Motorengeräusch aufgefallen. Auch an anderer Stelle sind Flugzeuge bemerkt worden, so von Bord des Stations-Tenders „Frauenlob" über dem Vortrapp-Tief südlich der Insel Sylt in 150 Meter Höhe. Später wurde der Kommandantur Borkum Meldung gemacht von zwei Flugbooten südlich der Insel Memmert. 10 Minuten später überflogen zwei Flugboote den Hafen von Borkum, gleichzeitig wurde ein Doppeldecker über der Insel Juist gesichtet.

Mussolini will nicht nachgeben.

Erklärung der Faschistischen Partei Italiens

Rom, 4. Juni.

Ueber die Sitzung des Direktoriums der Faschistischen Partei, an der auch die Unterstaatssekretäre des Innen- und des Volkserziehungsministeriums, ein Vertreter des Corporationsministers und der Generalstabschef der Miliz teilnahmen, ist in den späten Abendstunden eine amtliche Mitteilung ausgegeben worden, in der es u. a. heißt: Das Parteidirektorium ersieht in dem eindrucksvollen Erfolg der letzten inneren Anleihe einen neuen feierlichen Beweis für die Reichweite der tatsächlichen Zustimmung, auf die die Herrschaft rechnen kann. Sie wendet sich an die Masse der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, die in der Krise vollkommene Disziplin bewahrten.

Das Direktorium erklärt unter gleichzeitiger tiefer Achtung für das Oberhaupt der Kirche, ihre Geistlichen und Gotteshäuser ausdrücklich, daß es nicht dulden wird, daß der übriggebliebene und bisher verschonte Antifaschismus irgendwo Unterschlupf findet. Das Parteidirektorium befiehlt den Leitern der 9000 faschistischen Verbände Italiens, ihre Tätigkeit nach diesen Richtlinien einzustellen.

König Hussein von Hedschas †.

London, 5. Juni.

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, ist der ehemalige König von Hedschas, Hussein, gestorben. König Hussein ist der Vater des Königs Feisal vom Irak und des Emirs Abdullah von Transjordanien.

*

König Hussein von Hedschas wurde 1856 in Konstantinopel geboren und kam 1864 nach Mekka, wo er seinen Vaterbrüdern, die das Emirat von Mekka innehatten, als Gehilfe zur Seite stand. Im Jahre 1908 wurde er Emir von Mekka. Als solcher war er ein scharfer Gegner der Jungtürken und wurde nach und nach Führer der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Im Bunde mit England erklärte er 1916 die Unabhängigkeit des Hedschas von der Türkei. Obwohl er 1919 Mitunterzeichner des Versailler Vertrages war, protestierte er gegen die Abtrennung Syriens, Palästinas, Transjordaniens und des Irakgebietes von seinem Herrschaftsgebiet. Im Jahre 1924 wurde er von den Wahabiten unter Ibn Saud gestürzt und mußte abdanken. Seitdem wohnte er in Cypern.

Deutsche Tagesschau.

Kein polnischer Schritt.

In einem Berliner Vormittagsblatt ist behauptet worden, der polnische Gesandte in Berlin habe im Auswärtigen Amt wegen der Breslauer Stahlhelmtagung eine Demarche unternommen. Das Blatt veröffentlicht sogar die angebliche Antwort des Staatssekretärs von Bülow. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Meldung von A bis Z erfunden. Der polnische Gesandte ist überhaupt nicht im Auswärtigen Amt gewesen.

Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr mit Dänemark.

In der Zeit vom 27. Mai bis 3.Juni d. Js. haben in Berlin Verhandlungen zwischen einer deutschen und einer dänischen Abordnung über den Abschluß eines Abkommens über Erleichterungen im wesentlichen zollrechtlicher und veterinärpolizeilicher Art im kleinen Grenzverkehr stattgefunden. Im Ergebnis dieser Verhandlungen haben sich die beiden Abordnungen über den Entwurf eines solchen Abkommens geeinigt, der nunmehr den beiderseitigen Regierungen zur Annahme empfohlen werden soll.

Auslands-Rundschau.

Frankreich baut drei neue Kreuzer.

Marineminister Dumont hat vor dem Marineausschuß der Kammer einen Regierungsentwurf über den Bauplan im laufenden Haushaltsjahr dargelegt. U. a. erklärte der Minister, daß das Flottenabkommen Frankreich im Prinzip den Bau von zwei 35 000-Tonnen-Kreuzern gestatte. Man habe sich jedoch für den Bau von drei Einheiten von 28 300 Tonnen Wasserverdrängung entschlossen. Jede dieser Einheiten werde dem neuen deutschen Kreuzer überlegen sein. Der Ausschuß stimmte der Regierungsvorlage zu und bewilligte zu diesem Zweck die Summe von 1 Milliarde 293 Millionen Franken.

Zum Besuch von Hoeschs bei Briand.

Das „Oeuvre" beschäftigt sich mit der Unterredung, die Botschafter von Hoesch mit Briand hatte und schreibt u. a., daß die Vorstellungen der Reichsregierung wegen der Ueberfliegung deutschen Gebiets durch französische Militärflugzeuge schon am Sonnabend in gemäßigter Form übermittelt worden seien. Deshalb stehe es außer allem Zweifel, daß sich diese Unterredung auf Chequers bezogen habe. Ferner wäre es nicht zu verwundern, wenn Briand im Laufe der Unterredung auf die Breslauer Stahlhelmkundgebung hingewiesen hätte.

Auf Reparationskonto.

In den letzten Tagen ist für die Vertiefung und Säuberung des Loire-Flußbettes ein von den Stettiner Oder-Werken gebauter Bagger im Wert von einer Million Mark in Nantes auf Reparationskonto abgeliefert worden. Mit diesem Bagger sind die vorgesehenen Sachlieferungen noch nicht erschöpft. So sollen u. a. zwei von der Gute-Hoffnungshütte gebaute Fährboote im Werte von 400 000 Mark für La Rochelle geliefert werden.

Kleine politische Meldungen.

Französischer General besichtigt polnische Militärflugplätze. In Warschau traf das Mitglied des Französischen Obersten Kriegsrates, General Hergault, in Begleitung von zwei höheren französischen Offizieren ein. Die Franzosen werden in Warschau, Posen, Krakau, Gdingen und Wilna die polnischen Fliegertruppen und Militärflugplätze besichtigen.

Interpellation wegen des Stahlhelmtages. Der Abgeordnete Lorin von der Maginot-Gruppe hat in der französischen Kammer einen Interpellationantrag über die Absichten der Regierung angesichts der Stahlhelm-Kundgebung an der polnischen Grenze eingebracht.

König Alfons in London. König Alfons von Spanien ist in Begleitung seiner Tochter, der Prinzessin Beatrice, zu kurzem Aufenthalt in London eingetroffen.

Aus der Umgegend

Roßleben, 5. Juni.

— **Missionsfest.** Ueber das Missionsfest des Kirchenkreises Freyburg, das am Sonntag, dem 7. Juni, in Freyburg stattfinden soll, ist noch folgendes mitzuteilen: Den Festgottesdienst (vorm. 10 Uhr) wird Pastor Werner, Großjena, halten, bei der Nachversammlung nachm. 3 Uhr werden Pastor Giesewetter, Kleinwangen, Professor Körner, Naumburg und Superintendent Koch Freyburg reden. Mit dem Zug 12.30 ab Nebra (Sonntagsfahrkarte) ist die neue Göhle zur Nachversammlung bequem zu erreichen. Fahrgelegenheit besteht in Freyburg vom Markt aus um 14 Uhr 39. Es wird zu diesem Missionsfest herzlich eingeladen.

— **Stadt-Lichtspiele.** In unseren Stadtlichtspielen rollen am Sonntag zwei große spannende Filme über die weiße Wand. „Schloß der Liebe" betitelt sich der erste, der andere heißt „Die Schlange von Paris". Beide Filme bringen eine sinnvolle Handlung und prächtige Aufnahmen, so daß die Besucher angenehme Unterhaltung finden werden.

— **Quartal.** Die Innung der Schmiede, Schlosser, Klempner und Stellmacher hatte am Montag ihr Quartal. Eine besondere Note hatte dieser Tag durch die Ehrung der beiden Meisterjubilare durch Herrn Bürgermeister Grünberg, der als Gast der Jahresversammlung beiwohnte. Stellmachermeister A. Franke und Schmiedemeister R. Schmidt konnten, wie wir bereits berichtet haben, kürzlich ihr 40jähriges Meisterjubiläum begehen. Mit Worten höchster Anerkennung gedachte Bürgermeister Grünberg der Verdienste der Jubilare um ihren Stand und ihre segensreiche Wirkung im Interesse der Allgemeinheit. Im Anschluß an die Erledigung der vorgesehenen Tagesordnung folgte der gemütliche Teil, der unbedingt zum Quartal gehört. In angeregter Unterhaltung flogen die Stunden rasch dahin.

— **Dielenbetrieb.** Die Kapelle Stein und Herr Wirthmann in Witzenburg laden zu Sonntag abend zum Dielenbetrieb ein. Ein schöner Abendspaziergang, ein bißchen Tanz und Musik, das sind Dinge, die ihre Anziehungskraft immer behalten werden. Deshalb wird auch am Sonntag abend das „Schweizerhaus" in Witzenburg zahlreichen Besuch erhalten.

— **Memleber Ablaß.** Das Ablaßfest in Memleben übt schon seit jeher eine große Anziehungskraft auf die Bewohner der umliegenden Orte aus, auch von Roßleben wandern alljährlich zahlreiche Ablaßgäste nach dem sonst so stillen, verträumten Memleben. Es ist gewissermaßen die erste Kirmes, die begangen wird und überall ist für die Aufnahme, Verpflegung und Unterhaltung der Gäste vortrefflich gesorgt.

— **Zum Heimattag in Burgscheidungen.** Von den vielen Menschen, die jetzt in den Zeitungen von dem am 14. Juni stattfindenden Heimattag lesen, werden eine große Zahl kaum etwas von Burgscheidungen gehört haben. Es ist auch nur ein stilles, kleines Dörflein wie tausend andere in deutschen Landen. Und doch ist es nicht bloß in den Anfängen deutscher Geschichte als Residenz des Königs Irminfried hervorgetreten. Am Ende des 9. Jahrhunderts ist es im Besitz des sächsischen Königshauses; es muß damals eine starke Feste gewesen sein, da es in den Kämpfen der Brüder Otto I und Heinrich und und dann wieder zwischen Heinrich IV und Markgraf Dedo von großer Bedeutung war. 1109 kam es als Geschenk an den Bischof Otto von Bamberg (1062—1139). Der „Apostel der Pommern" hat wiederholt in Burgscheidungen geweilt. Als Lehensleute des Stiftes Bamberg erscheinen dann eine Reihe von Adelsgeschlechtern. 1536—1628 sitzt die Familie von Wiehe in Burgscheidungen, nach mehrmaligem Besitzwechsel kommt es 1722 durch Kauf an den Freiherrn Lewin Friedrich v. b. Schulenburg, der nach einem wechselvollen Soldatenleben zuletzt als Feldzeugmeister in Diensten des Herzogs von Savoyen stand. Er hat in den Jahren 1724—1728 die beiden neuen Flügel des Schlosses erbaut. Und dieses Schloß mit seinem wundervollen Park ist es, das Menschen, die einmal hier waren, besonders in solchen Frühlingstagen, wie wir sie jetzt hatten, immer wieder hierherzieht. Von den Bauten aus ältester Zeit ist nichts mehr vorhanden; häufige Belagerungen und Zerstörungen haben nichts übrig gelassen. Das jetzige Schloß besteht aus zwei alten und zwei neuen Flügeln, die den quadratischen Innenhof einschließen. Ueber die Entstehung der beiden alten Flügel lassen sich nur Vermutungen anstellen; Teile von ihnen gehen wahrscheinlich in romanische Zeiten zurück, haben dann aber wiederholt, besonders aber durch die offenbar sehr wohlhabende Familie von Wiehe, umfassende Veränderungen erfahren. Auf diese Familie gehen auch die drei schönen, kostbaren Grabdenkmäler und der Taufstein in der Kirche zurück. Im Park selbst gewährt ein Umgang um das Schloß schöne Blicke in das Unstruttal und auf die umgebenden Höhen, ein Gang durch den unteren Teil des Parkes einen wundervollen Durchblick durch die Bäume hindurch auf die Hauptfront des Schlosses. Am Fuße des Schloßberges fallen besonders ein nicht bloß zur Heimattagung, sondern fast mehr noch an paar uralte mächtige Fichten auf, die wohl schon einige Jahrhunderte alt sind. So lohnt ein Besuch Burgscheidungens, Tagen, wo man in aller Ruhe und Stille die Schönheit dieses Fleckchens Erde auf sich wirken lassen kann. Wer Zeit hat, versäume auch nicht eine Wanderung ins nahe Blindetal, die etwa zwei Stunden in Anspruch nimmt.

— **Sieben billige Tage am schönen Rhein gegen eine Pauschalsumme von 58.— RM.,** welche jede Woche an Sonntagen beginnend (bis Ende August) stattfinden, haben auch in diesem Jahre großen Anklang gefunden. Aus allen Gauen Deutschlands treffen jeden Sonntag neue Gäste ein, welche die Schönheiten des Rheins und Taunus bewundern. In der Pauschalsumme sind alle Ausgaben enthalten: Unterkunft und Verpflegung, Fahrten mit Auto, Dampfer und Bahn. Täglich Ausflüge nach Koblenz, Rüdesheim, Niederwald, Schlangenbad, Eltville, Eppstein (die nassauische Schweiz) Schläferskopf usw. Fachmännische Führung. Gesellige Abende. Ausführliches Programm (auch an Nichtmitglieder) gegen Rückporto versendet die Geschäftsstelle des Evangelischen Bundes in Wiesbaden, Klarenthalerstraße 2.

— **Mittel zum Bau für Land- und Forstarbeiterwohnungen.** Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat auch in diesem Jahre, wenn auch in geringerem Umfange Mittel zum Bau von Land- und Forstarbeitereigenheimen zur Verfügung gestellt. Die Mittel hierfür betragen für eine Wohnung etwa 6000,— RM., welche zinslos, bei 30jähriger Tilgungsfrist gewährt werden. Die Bearbeitung der Anträge liegt in den Händen der Mitteldeutschen Heimstätte, Baubüro Kölleda, Bahnhofstraße 16a, wo kostenlos mündlich und schriftlich Auskunft erteilt wird. In Anbetracht der zur Verfügung stehenden geringen Mittel und der für die Bearbeitung erforderlichen Zeit ist es notwendig, daß sich Interessenten, die gewillt sind, in diesem Geschäftsjahr noch zu bauen, baldigst mit obengenannter Stelle in Verbindung setzen. Auch Handwerker, die vorwiegend für landwirtschaftliche Betriebe arbeiten, wie Stellmacher, Sattler, Gutsmaurer können berücksichtigt werden. Zeichnungen können jederzeit bei der Mitteldeutschen Heimstätte, Baubüro Kölleda, eingesehen werden.

— **Schulpersonalien.** Die Prüfung zur endgültigen Anstellung als Lehrer an den Volksschulen haben bestanden der Schulamtsbewerber Paul Bergmann in Wendelstein und der Schulamtsbewerber Gustav Kleitt in Ziegelroda.

Großwangen. Die Neupflasterung der Verkehrsstraße durchs Unstruttal in unserer Dorflage geht ihrer Vollendung entgegen, und die Straße wird demnächst dem Verkehr übergeben werden können. Damit ist auch das letzte Stück dieser wichtigen Verkehrsstraße nach der Goldenen Aue, dem Kyffhäuser und Harz in einen vorzüglichen Zustand (Schlackenpflaster) versetzt, wodurch nun sicher ein erhöhter Verkehr durch diesen schönen Teil des Unstruttales einsetzen wird.

Artern. In der Sonntagnacht zwischen 11 und 12 Uhr ist ein 20jähriges Mädchen, das sich allein auf dem Nachhauseweg befand, auf dem Promenadenweg unter dem Schutze der dichten Kastanien von einem Manne angehalten worden. Er packte zunächst das Mädchen am Arm unter; so daß es zuerst annehmen mußte, es handele sich um einen Bekannten. Nach einigen Schritten wurde der Bursche jedoch frech, faßte das Mädchen beim Kopf und warf es zu Boden. Als das Mädchen um Hilfe rief, entfloh der Bursche.

Weißenfels. Donnerstag mittag gegen 13 Uhr stürzte auf der Strecke Weißenfels-Halle ein etwa dreijähriges Kind aus dem Personenzug 841. Die Mutter versuchte, das Kind zu halten, wodurch sie aber selbst aus dem Zug fiel und von dem im Augenblick vorbeifahrenden D-Zug 16 erfaßt und getötet wurde. Das Kind erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde nach dem Krankenhaus Bergmannstrost in Halle gebracht.

Weißenfels. Der Kellner A. Petzold aus Weißenfels hat seinem Arbeitgeber 10 000 Mark entwendet und darauf die Flucht ergriffen. Die umfangreichen Ermittlungen nach seinem Verbleib haben bisher noch zu keinem Erfolg geführt.

Zeitz. Der Landrat des Kreises Zeitz, Dr. Acker, hat seinen diesjährigen Urlaub angetreten. Dr. Acker wird nicht auf seinen Zeitzer Posten zurückkehren, sondern zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums Magdeburg ernannt werden.

Halle. Auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Borck im Preußischen Landtag hat der Preußische Minister des Innern folgende Antwort erteilt:

„Die Verwendung roter Grundfarbe oder roten Druckpapiers für nichtamtliche Plakate ist durch Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten verboten. Der Polizeipräsident in Halle a. S. hat Plakate mit schwarz-weiß-roter Umrandung weder auf Grund dieser Polizeiverordnung noch aus anderem Anlaß beschlagnahmt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310606-14/fragment/page=0002

Halle. In der Nacht zum Donnerstag wurden auf dem Nordfriedhof am Roßplatz 32 und auf dem gegenüber liegenden jüdischen Friedhof acht Grabsteine umgeworfen. Eine Reihe weiterer Grabsteine zeigen Spuren, die darauf schließen lassen, daß man versucht hat, auch sie umzuwerfen. Die Polizei hat die Ermittlungen sofort aufgenommen. Die auf beiden Friedhöfen vorgefundenen Fingerabdrücke und Fußspuren führen von den gleichen Tätern.

Halle. Im nahen Hohenweiden kam es in der Gemeindevertretersitzung, als ein kommunistisches Mitglied als Arbeiterverräter bezeichnet wurde, zu einer Rauferei. Der Kommunist warf mit einer Bierflasche nach seinem Widersacher, die aber nicht traf. Im Nu war eine Prügelei im Gange, bei der es blutige Köpfe gab. Nur mit Mühe konnte der Vorsteher wieder Ruhe schaffen.

Weimar. Die Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland meldet:

Bei der letzten Veranstaltung der Nationalsozialisten, wo u. a. Oberleutnant Schultz sprach, gebrauchte der Gauführer und Landtagsabgeordnete Sauckel eine Rede in Beziehung auf die parteipolitische Hetze gegen Schultz die Wendung, es wäre besser, wenn Oberleutnant Schultz an dieser Stätte spreche als die Verräter, die sich seinerzeit angemaßt hätten, hier einen neuen Staat aufzubauen. Wie jetzt aus Berlin mitgeteilt wird, hat deswegen Reichsinnenminister Dr. Wirth auf Grund der Reichsnotverordnung zur Wahrung von Ruhe und Sicherheit die Einleitung eines Verfahrens gegen Sauckel veranlaßt.

Gotha. Aus St. Louis im Staate Missouri wird der Heimgang des aus Gotha gebürtigen Chordirigenten und Musiklehrers Hugo Anschütz gemeldet, der in St. Louis im Alter von 50 Jahren an den Folgen einer Autovergiftung unerwartet verschied. Der Verstorbene war im Jahre 1903 nach Amerika übergesiedelt und zuletzt Bundesdirigent des Nordamerikanischen Sängerbundes. Das gesamte Deutschtum betrauert das Ableben von Hugo Anschütz und die Trauerfeier für den Verstorbenen, an der sich alle Schichten des Deutschtums beteiligten, war von überwältigendem Eindruck. Der Tatkraft von Hugo Anschütz gelang es in St. Louis, die deutsche Anhängerschaft fest zusammenzuschließen und deutsche Werke aufzuführen, die dort gewaltigen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben.

Leipzig. Am 9. Juni beginnt vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts der Prozeß gegen die der Industriespionage bei den Leunawerken und des Verrats militärischer Geheimnisse Angeklagten. Die Angeklagten sind: 1. Ökonomieverwalter Felix Amann, 2. Händler Wilhelm Becker, 3. Frau Sophie Becker, 4. Bäckergeselle Georg Hauck, 5. Kaufmann Leonhard Stoy, 6. Bauingenieur Kurt Kühling, 7. Paul Vollrath, Gefreiter im Reichswehr-Reiterregiment Demmin, 8. Schlosser Franz Altmann, 9. Reichswehrgefreiter Sarter. Als Nebenkläger tritt das Ammoniakwerk Merseburg auf.

Katzhütte. Die Not der Waldgemeinden auf dem Thüringer Wald ist bekannt. Auch Katzhütte gehört zu den Dörfern, in denen eine große Arbeitslosigkeit herrscht. Um das Unglück aber voll zu machen, haben die Naturgewalten Katzhütte noch mit einem entsetzlichen Wochenend bedacht. Die Wassermassen eines gewaltigen Wolkenbruches, verbunden mit starken Hagelschlägen, haben arg gewüstet. Manche Stellen gleichen einem Schlachtfeld, das von halbmeterliefen Gräben durchzogen wird. Erdreich, Schutt, gelegte Kartoffeln sind lawinengleich in die Tiefe der Täler geschleudert worden. Auf den Höhen der Berge und an ihren Hängen sind die Bewohner eifrigst bemüht, die Schäden wieder auszubessern. Unten im Tal liegen nun die ungeheuren Erdmassen, Geröll und Schutt, junge Fichtenbäumchen und auch ältere Fichten, die der Gewalt nicht Widerstand leisten konnten. Den Schaden kann die Gemeinde nicht allein tragen. Der Landrat des Kreises Rudolstadt war noch an demselben Tag erschienen, so daß mit einer Hilfe des Staates zu rechnen ist. Die breitere Öffentlichkeit kann aber auch zur Hilfeleistung beitragen. Nicht durch eine neue Sammlung, weil die freiwillige Hilfeleistung schon fast an ihren Grenzen angelangt ist. Viele Thüringer können Katzhütte dadurch unterstützen, in dem sie es besuchen, sei es an einem Sonntag oder zur Sommerfrische. Die Schönheit des oberen Schwarzatales ist gerade in letzter Zeit so bekannt geworden, daß hier nichts mehr darüber gesagt zu werden braucht. Die Katzhütter lassen sich durch das Unglück nicht niederdrücken, sie werden jedem dankbar sein, der durch seinen Besuch Katzhütte in seiner Not etwas hilft.

Hildburghausen. Zwei in Haina festgenommene Einbrecher, der Tüncher Stolz und der Landwirt Lautensack, wurden in das Meininger Gefängnis eingeliefert, wo sie ein umfassendes Geständnis abgelegt haben. Auf Grund ihrer Aussagen wurden auch die Hainaer Einwohner Paul Licht und Adolf Hummel in Untersuchungshaft genommen. Bis jetzt sind etwa 10 größere Einbrüche aufgeklärt, die in diesem Jahre in Haina oder der Umgebung begangen wurden. Noch nicht nachgewiesen werden konnte den Verhafteten die Mittäterschaft an den wiederholten Einbrüchen in dem Anwesen des Pfarrers Wuth in Haina.

Liebenwerda. Die Kreisbauernschaft des Kreises Liebenwerda hatte auf ihrer Frühjahrstagung telegraphisch eine Entschließung an die Reichsregierung gerichtet, in der die Notlage der Landwirtschaft mit ernsten Worten gekennzeichnet und um die Entsendung eines Sonderkommissars gebeten wurde, der die Dringlichkeit von Hilfsmaßnahmen an Ort und Stelle nachprüfen möge. Auf dieses Telegramm hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, mit einem Brief geantwortet, in dem es u. a. heißt:

„Die trostlose Lage in der Landwirtschaft, namentlich in den kleineren, in erster Linie auf Viehwirtschaft angewiesenen Betrieben in den Gegenden mit ärmeren Böden ist mir selbstverständlich auch aus eigener praktischer Kenntnis genau bekannt. Gerade um die Kräfte des Staates mobil zu machen, um dieser Not entgegenzuwirken, habe ich mein schweres und undankbares Amt angenommen. Die Überwindung der Agrarkrise ist leider bei den entgegenstehenden wirtschaftlichen und politischen Hemmungen und Schwierigkeiten nicht von heute auf morgen möglich. Ich bin aber der Überzeugung, daß durch unablässige und zielbewußte Arbeit die agrarpolitische Grundlage für die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft wieder geschaffen werden könne. Hieran mitzuwirken ist Aufgabe der Landwirtschaft und ihrer Organisationen. Nur wenn diese in Einmütigkeit und Geschlossenheit in dem politischen Ringen mit mir zusammenstehen, kann der Kampf zugunsten unseres Berufsstandes entschieden werden“.

Schollene (Kr. Jerichow II). Ein auf dem hiesigen Rittergut beschäftigter junger Schnitter, der bei der Grützer Schleuse angelte, während seine Braut mit seiner Schwester badete, bemerkte, daß seine Braut, die des Schwimmens unkundig war, versank und dem Ertrinken nahe war. Er eilte ihr zur Hilfe, aber sie riß ihn, der gleichfalls nicht schwimmen konnte, mit in die Tiefe. Da keine weitere Hilfe zur Stelle war, mußten beide ertrinken.

Altenburg. Zwei Diebe standen vor dem Strafrichter beim Amtsgericht Altenburg. Der Melker Robert Seemann hatte die Lade seines Arbeitskollegen erbrochen und daraus mehrere Male Geldbeträge entwendet. Seinem Dienstherrn in Zschernitz stahl er 50 Mark, die er während des Altenburger Jahrmarktes in lustiger Gesellschaft verjubelte. Seemann wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Heizer Fritz Birkholz hatte seiner Logiswirtin in Rositz, die ihre Ersparnisse in einem Buche aufbewahrte, 100 Mark gestohlen. Nach seinem Wegzug suchte er nochmals die Wohnung seiner früheren Logiswirtin auf und stahl aus dem Zimmer des Sohnes der alten Frau 115 Mark. Vom Amtsanwalt nach den Beweggründen für seine Taten gefragt, erklärte der Angeklagte „Ich hab' mal gut gelebt!“. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Die Untersuchung der Handgranatenexplosion bei Kaschau. Bei der Untersuchung der Handgranatenexplosion auf dem Militärübungsplatz bei Kaschau ist durch die Aussagen der beiden am wenigsten verletzten Knaben die überraschende Feststellung gemacht worden, daß die Handgranate außerhalb des mit Draht umzäunten Uebungsplatzes auf einer Wiese, die jedermann zugänglich ist, gefunden wurde. Die herbeieilenden Knaben erkannten sofort, daß es sich um eine Handgranate handele, und warfen sie in den umzäunten Raum zurück, wo sie niederfiel, ohne zu explodieren. Um sich zu überzeugen, ob die Granate blind sei oder nicht, kroch der 16jährige Danko unter dem Zaun hervor und warf die Granate wieder auf die Wiese zurück, wo sie in diesem Augenblick explodierte und unter den Knaben das große Unglück anrichtete.

Autounglück an einem Bahnübergang.

Schleswig, 5. Juni. Auf der Kreisbahnstrecke nach Satrup wurde ein Personenauto an der Wegekreuzung bei **Jürgen von einem Triebwagen der Bahn erfaßt und 20 Meter weit mitgeschleift, wobei die Karosserie in Trümmer ging und eine zehn Meter tiefe Böschung hinabgeschleudert wurde. Von den sechs Autoinsassen wurden eine Frau Hering aus Berlin getötet, ihre Schwester und ihre achtzehnjährige Tochter schwer verletzt. Zwei andere Kinder und der Chauffeur wurden leicht verletzt. Sämtliche Verletzten bis auf den Chauffeur wurden dem Schleswiger Krankenhaus zugeführt. Der Chauffeur hatte die Signale des Triebwagens nicht gehört.**

„Do. X“ nach Südamerika unterwegs.

Neuyork, 5. Juni. **Das deutsche Riesenflugzeug „Do. X“, das von den Kapverdischen Inseln zum Weiterflug nach Südamerika startete und dann kurze Zeit später auf dem Meer eine Notlandung vorgenommen haben soll, setzt seinen Flug fort. Bei der Meldung von der angeblichen Notlandung, die von der Mannschaft eines Dampfers verbreitet wurde, handelt es sich um einen Irrtum.**

Do X in Fernando Noronha.

Berlin, 5. Juni. Nach einem beim Büro der Dornier-Werke eingegangenen Telegramm ist das Dorniersflugboot Do. X heute (Freitag) früh 3.12 Uhr me. e. Z. nach glänzendem Flug programmäßig glatt in Fernando Noronha (Brasilien) gewassert.

Todesurteil im Coburger Raubmordprozeß.

Coburg. Der 23jährige Arbeiter Werner Wächter, genannt Weigert, aus Wüstenahorn bei Coburg wurde wegen Raubmordes vom Coburger Schwurgericht zum Tode verurteilt. Er hatte die 21jährige Verkäuferin Martha Heublein in ihrem Schlafzimmer mit einem Beil erschlagen, um sie zu berauben. Bei der Verhandlung verweigerte der Angeklagte die Aussage. Von den Sachverständigen wurde erklärt, daß der Angeklagte voll verantwortlich sei, obwohl er als verstockter Mensch und Psychopath zu betrachten sei.

Piccards Empfang in Zürich.

16 000 oder nur 14 000 Meter Höhe?

Basel, 5. Juni.

Der offizielle Empfang zu Ehren Piccards und Kipfers im Hotel „Baur au Lac“ in Zürich, der bis nach Mitternacht dauerte, stellte eine Huldigung der Schweiz an die wissenschaftliche Forschung und ein gemeinsames Feiern des neuen Luftrekordes dar.

Vertreter der Technischen Hochschule und der Universität erwähnten in ihren Ansprachen, daß schweizerische Ingenieure in der Tiefseeforschung bahnbrechend vorangegangen seien und nunmehr auch in der Höhenforschung. Piccard wurde die Goldene, Kipfer die Silberne Medaille des Schweizerischen Aeroklubs überreicht; beide wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Professor Piccard dankte in seiner halbstündigen Rede allen denjenigen, die durch ihre Tat oder ihre Anteilnahme sein Werk unterstützten, sowie den österreichischen Alpentruppen, die sich um die Bergung des Ballons verdient gemacht haben. Mit Bezug auf die wissenschaftliche Ausbeute des Stratosphärenfluges konnte Professor Piccard noch keine bestimmten Angaben machen.

Er wies darauf hin, daß die amtlichen Höhenmesser lediglich eine Höhe von etwa 14 000 Metern registriert hatten, während seine Barometer mit unfehlbarer Genauigkeit eine Höhe von 16 000 Metern zeigten. Die Differenz beruhe auf einer sehr starken Beeinflussung der amtlichen Meßinstrumente durch die kosmische Strahlung, die jedoch auf seine Barometerapparate keinen Einfluß hatten.

Piccard erklärte: „Es lag mir nur daran, zu beweisen, daß man in der Stratosphäre leben könne, weil in dieser Höhe die ganze Zukunft der Luftschiffahrt für größere Entfernungen liegt. Mir selbst war es nie um einen Rekord zu tun. Wenn ich einen Höhenrekord erzielte, so wünsche ich nur, daß dieser recht bald von anderer Seite geschlagen wird.“

Der „Angriff“ verboten.

NSDAP. protestiert gegen die Notverordnung.

Berlin, 5. Juni.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ wurde heute bis einschließlich 4. Juli 1931 auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verboten.

Das genannte Blatt hat trotz der eingehenden amtlichen Darlegungen über das sogenannte Femebild erneut dem Polizeipräsidium Berlin eine Fälschung vorgeworfen. Weiterhin hat das Blatt in Besprechung der Vorgänge anläßlich der Enthüllung des sogenannten Schlageterdenkmales zur Verpflegung Andersdenkender aufgefordert.

Die Nationalsozialisten haben in einer Fraktionssitzung eine Entschließung gefaßt, in der stärkster Protest gegen die neue Notverordnung erhoben und die Einberufung des Reichstages zwecks ihrer Aufhebung gefordert wird.

Kundgebung des G.D.A.

Der Gau Mitteldeutschland im GDA. hielt am 30. Mai seinen 11. Gautag in Stendal ab, der mit dem 11. Mitteldeutschen Angestelltentag am 31. Mai verbunden war. 2000 Mitglieder des GDA. waren auf Lastautos, mit der Eisenbahn usw. herbeigeeilt, um in einem Umzuge durch die Stadt für ihre Forderungen einzutreten. Der Bundesvorsteher Gustav Schneider hielt auf dem Marktplatz einen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Wirtschaftsnot und Wirtschaftskraft“.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Falck, hielt eine Ansprache. Alle Behörden waren vertreten: Oberbürgermeister Dr. Wernecke, Landrat Dr. Schmidt und zahlreiche andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens konnten begrüßt werden. Mit dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß die gewaltige, in der Angestelltenbewegung einzig dastehende öffentliche Kundgebung. Am 30. Mai wurden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt. Gaugeschäftsführer Neckes gab den Geschäftsbericht; eine Entschließung, die sich mit den augenblicklich schwebenden Fragen beschäftigt, wurde gefaßt.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Ein umfangreiches Hochdruckgebiet, das mit seinem Kern über dem gesamten Nordmeer liegt, hat mit seinem Ausläufer die Verbindung mit dem schon etwas abgebauten mitteleuropäischen Hoch aufgenommen. Zwei umfangreiche Tiefdruckgebiete liegen östlich und westlich von dieser Hochdruckbrücke. Während das osteuropäische seinen Einfluß auf unser Wetter eingebüßt hat, wird das Tief westlich von Irland unser Wetter allmählich bestimmen. Oestliche, später südliche Winde werden unser Wetter wieder freundlicher gestalten. Am Ende der Woche wird bei warmem Wetter von West nach Ost fortschreitende Gewitterneigung aufkommen.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Die erste und zweite Mannschaft nehmen morgen an dem Pokalturnier des S.C. Eintracht Roßleben anläßlich des Stiftungsfestes teil. Beide Mannschaften treffen in den Vorrunden auf den S.C. Obhausen 1929, Obhausen. Obhausen verfügt über Mannschaften, die erst geschlagen sein wollen, das mußte unsere 1. Elf schon wiederholt feststellen. Ein Sieg über die gleiche Mannschaft des S.C. Obhausen war bisher nicht möglich. Wie das Spiel morgen enden wird, muß nun abgewartet werden. Die 1. Mannschaft spielt in stärkster Besetzung mit

Fuchs
Eichhorn Ernemann
Werner II Riets Kluge
Werner I Boltze Pfeffer Gebhardt Lauche

Die 2. Mannschaft wurde bisher von Obhausen noch nie geschlagen, aber Ueberraschungen im Fußball sind nicht ausgeschlossen. Es muß daher morgen der Gegner gleich von Anfang an ernst genommen werden. Die 3. Mannschaft und die Schüler fahren nach Laucha und spielen dort gegen die gleichen Mannschaften des L.B.C. Laucha. Wenn der Gegner nicht stoppt, könnte ein Sieg unserer 3. Mannschaft möglich sein. Das Spiel der Schüler halten wir für offen. Das Jugendspiel gegen L.B.C. Laucha muß leider ausfallen, da Laucha die Jugendspieler in anderen Mannschaften unterbringen muß. Die Mannschaften nach Laucha fahren ab Bahnhof Nebra 8.50 Uhr und die nach Roßleben ab Bahnhof Nebra 6.10 Uhr. Die Spiele unserer Mannschaften in Roßleben beginnen um 10 bezw. 11 Uhr. Sportanhänger, die gern den Spielen beiwohnen möchten, können ab 9 Uhr mit dem Auto vom Vereinslokal „Schützenhaus“ nach nach Roßleben kommen, müssen sich jedoch bis Sonnabend abend bei Kamerad Scharf anmelden. Auf unserem Platze steigt nur ein Handballspiel und zwar treffen sich um 14 Uhr

N.S.V. 24 Damen und V.f.B. Bad Lauchstädt Damen.

Für unsere Damen gilt es die mit 9 Spielerinnen in Lauchstädt erlittene 5:1-Niederlage wieder gutzumachen, was möglich sein könnte, wenn etwas scharf gespielt wird. In der letzten Zeit haben die Damen unter der Leitung des Herrn Sportlehrers Boltze allerhand gelernt und müßte es diesmal zu einem Siege reichen, allerdings wollen wir nicht verkennen, daß die Damen des V.f.B. Bad Lauchstädt auch spielen können, denn gegen Borussia Halle in Halle spielten sie 4:4. Das besagt allerhand. Also erwarten wir morgen auch einmal ein schönes Handballspiel seitens unserer Damen.

Aus zwei Menschenaltern kirchlichen Lebens. Lebenserinnerungen von Generalsuperintendent Prof. Dr. Schöttler, Verlag Evang.-Soz. Presseverband für die Provinz Sachsen, Halle, Brosch. 1.25 RM., in Leinen 1.75 RM., 220 Seiten.

Gen.-Sup. Dr. Schöttler, der am 1. Juni aus seinem Amt schied, hat unlängst zu seinem 70. Geburtstag seine Lebenserinnerungen veröffentlicht. 14 Jahre lang hat er die kirchlichen Geschicke des Südostsprengels unserer Provinz bestimmt und die Lutherprovinz Sachsen während der zahlreichen Reformationsjubiläen vertreten. Seine reiche Persönlichkeit kommt in aller Vielseitigkeit in den Erinnerungen zur Geltung; er verfügt über eine glänzende Feder, eine Fülle von menschlichen und kirchlichen Erfahrungen und einen feinen überlegenen Humor. Man liest dies Erinnerungsbuch mit wirklichem Genuß und legt es nicht aus der Hand, ohne davon bereichert zu sein. Bild und Schriftprobe des Verfassers vervollständigen das gediegene preiswerte Werkchen des bekannten Autors

---

Kirchliche Nachrichten

1. Sonntag nach Trinitatis, den 7. Juni 1931.

Sonntagsspruch: „Lasset uns Ihn lieben, denn Er hat uns zuerst geliebt. (1. Joh. 4, V. 19.)

Kollekte: Für die soziale Arbeit der evangelischen Kirche.

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über 1. Joh. 4, 16—21) Lieder: 359 (251), 306 (200), 310 (201).

½**12** Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.

½**12** Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Mittwoch, abds. ½9 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.

Freitag, abends ½9 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310606-14/fragment/page=0003

Langnam-Verein tagt.

Die Vorschläge der deutschen Wirtschaft.

Düsseldorf, 4. Juni.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein) und die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller begann in der Tonhalle in Düsseldorf eine Tagung, zu der die führenden Männer der rheinisch-westfälischen Wirtschaft sowie Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Reichsbahn und der Reichspost und auch der Wissenschaft und Presse in großer Zahl erschienen waren.

Dr. Springorum

erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß das trostlose Bild unserer Wirtschaftslage noch nicht in alle Schichten des deutschen Volkes eingedrungen sei, da eine zersetzende Presse und die geistige Einstellung vieler Persönlichkeiten das deutsche Volk über seine eigene Not hinwegtäuschten. Man könne den verantwortlichen Leitern der deutschen Geschicke nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in der Behandlung der öffentlichen Meinung und Führung weitgehend versagt hätten.

Die Wirtschaft sei zu größten Opfern bereit. Sie müsse aber die Ueberzeugung haben, daß eine entschlossene Führung bestehe und nicht alle Opfer in ein Faß ohne Boden fließen.

Dr. Vögler-Dortmund

erörtert, wie die sogenannten Erleichterungen des Youngplans gegenüber dem Dawesplan bereits infolge der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands zu Belastungen geworden sind. Eine Revision des Youngplans sei aber nicht so leicht. Es werde leider vergessen, daß hier bindende feierlich eingegangene Abmachungen vorliegen, auf welchen die Zusammenarbeit großer Völker beruhe. Es blieben also nur neue Verhandlungen übrig, die nur erfolgreich sein könnten, wenn eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes dahinterstehe. Erste Aufgabe sei es also, diese Front zu bilden.

Das sei aber nicht möglich durch sich überstürzende Notverordnungen, es verlange einen auf lange Jahre hinaus festen Plan, aus dem man ersehe, daß Arbeit und Opfer nicht vergeblich gebracht würden, und an dessen Ende die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes stehe.

„Der deutsche Wirtschaftsplan".

Dr. Vögler forderte einen für lange Jahre festliegenden Wirtschaftsplan, der folgende Voraussetzungen enthalten müsse:

1. **Unsere ganze Wirtschafts-und Finanzpolitik muß mit dem Ziel der Stärkung unseres Binnenmarktes und der Eigenkapitalbildung umgestaltet werden. Nur ein Land mit einem starken Binnenmarkt kann auf die Dauer eine erfolgreiche Exportpolitik treiben Export und Binnenmarkt werden immer in einem gewissen Verhältnis stehen müssen Nur durch Kapitalbildung wird der Wiederaufrieb der Wirtschaft eingeleitet und die Arbeitslosigkeit überwunden**
2. **Auf Jahre hinaus muß Deutschland von allen Tributzahlungen, soweit sie nicht durch Sachleistungen abgetragen werden können, befreit sein. Es ist ein wirtschaftlicher Wahnsinn, von einem Lande, dem so ungeheure Teile seines Volksvermögens genommen sind, neue Tribute zu erpressen, bevor es seine Wirtschaft wiederaufgebaut und in Ordnung gebracht hat. Daß dies nach diesen ungeheuren Lasten des Krieges, nach der Revolution, nach der Inflation nur langsam und in harter Arbeit erreicht werden kann, wird jeder, der guten Sinnes ist, verstehen.**
3. **Die Gläubigerstaaten müssen, wie das schon in Paris bei der Gründung der BIZ. beabsichtigt war, Deutschland in seinen Bemühungen, Absatzmärkte für seine Industrieerzeugnisse zu finden, unterstützen. Man kann nicht auf der einen Seite von einem Lande Geldzahlungen verlangen, und auf der anderen Seite sich gegen den Empfang seiner Waren absperren.**

Nach der Ansprache Dr. Vöglers nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es heißt:

Die gesamte Lage in Deutschland drängt die Regierung zu entscheidenden Maßnahmen. Die schwere Notzeit, die wir durchleben, verträgt keine parteipolitischen Rücksichten mehr. Das Volk erwarte vom Reichskanzler eine entschlossene Führung und die Wahl von Mitarbeitern, die nur nach Sachkenntnis und Befähigung vorzunehmen ist.

Die westdeutsche Wirtschaft verlangt von der Regierung einen klaren, auf Jahre hinaus abgestellten Plan zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dabei muß die Reichsregierung auf die übertriebene Ausgabenwirtschaft der gesamten öffentlichen Hand ohne Rücksicht auf Zuständigkeitsfragen einwirken. Fehlende gesetzliche Handhaben sind sofort zu schaffen. Sie verlangt die Abschaffung der kapitalzerstörenden Gesetze und Verordnungen. Sie verlangt die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaft und die Beschränkung der regierenden Stellen auf wirkliche und reine Staatshoheitsrechte. Sie verlangt die Aufstellung eines deutschen Planes zur Abwicklung der internationalen Verschuldung als Grundlage für die kommenden Verhandlungen. Die rheinisch-westfälische Wirtschaft wird den Kampf für diese Forderungen mit Nachdruck führen und sich mit aller Kraft für ihre Verwirklichung einsetzen.

Wehrpolitische Gleichberechtigung.

und Aussetzung der Tributzahlungen. — Forderungen der Deutschen Verbände.

Die Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände beendete ihre Beratungen mit der einstimmigen Annahme zweier Entschließungen, die sogleich der Reichsregierung zugeleitet wurden.

Der Arbeitsausschuß bezeichnet darin die jetzige Höhe der deutschen Ausfuhr als einen Hungerstreik und eine Verausgabung von Substanz und verlangt die Aussetzung der Tributzahlungen so lange, bis dem Lebensrecht Deutschlands Genüge getan ist. In der zweiten Entschließung wird völlige wehrpolitische Gleichberechtigung gefordert. Das deutsche Volk sei nicht willens, den Zustand einseitiger Abrüstung der Deutschlands Sicherheit gefährde und seine Ehre verletze, länger zu ertragen.

Sozialdemokratische Entschließungen.

Billigung der bisherigen Politik durch eine starke Mehrheit.

Leipzig, 4. Juni.

Der sozialdemokratische Parteitag sprach mit 324 gegen 62 Stimmen den neun Abgeordneten, die gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, seine Mißbilligung aus und stellte fest, daß eine Verletzung des Fraktionszwangs als parteischädigendes Verhalten gelten muß. Mit großer Mehrheit wurde auch eine vom Parteivorstand unterstützte Entschließung Aufhäuser-Künstler angenommen, in der am Schluß festgestellt wird, daß die Partei in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen werde, daß es gelingt, die lebenswichtigsten Arbeiterinteressen zu sichern.

Ebenso fand die Entschließung über den Zusammentritt der Fraktion nach Veröffentlichung der Notverordnung Annahme.

Neues aus aller Welt.

Mord an einem zehnjährigen Knaben. Der zehnjährige Sohn des Weichenstellers Poßke in der Bahnhofstraße in Berlin-Lichtenberg wurde von dem Vater, als dieser vom Dienst nach Hause zurückkehrte, ermordet aufgefunden. Der Knabe war mit einer Zuckerschnur erdrosselt worden, außerdem waren ihm die Pulsadern aufgeschnitten. Die Frau des Poßke, die Stiefmutter des ermordeten Knaben, ist seit der letzten Nacht verschwunden. Die Polizei fahndet in erster Linie nach ihr.

Feuerwehr-Motorspritze beschossen. Die Eisenacher Motorspritze der Feuerwehr wurde auf der Fahrt nach Oberellen, wo ein großer Brand ausgebrochen war, aus dem Wald heraus beschossen. Ein Oberfeuerwehrmann erhielt einen Oberschenkelschuß; er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Man vermutet, daß es sich bei den Schützen um Kommunisten handelt, die durchfahrenden Stahlhelmautos vom Frontsoldatentag in Breslau auflauern wollten. Die Täter sind im Dunkel des Waldes entkommen. — In Eisenach wurden Stahlhelmer aus dem Ruhrgebiet, die auf der Fahrt von Breslau in Eisenach mit ihren Kraftwagen kurze Rast hielten, von jugendlichen Kommunisten angegriffen. Die Polizei griff sofort ein.

600 000 Mark unterschlagen. Der Mitinhaber des kürzlich zusammengebrochenen Privatbankhauses Kern, Hof und Sachse, Bankier Hof, wurde von dem Schöffengericht in Wuppertal zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage warf ihm vor, Depotunterschlagungen großen Ausmaßes teils vor, teils nach der Ueberschuldung der Bank begangen zu haben. Der Schaden, der der Kundschaft des Bankhauses durch die Depotunterschlagungen entstanden ist, beläuft sich auf zirka 600 000 Mark.

Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen. In Eschollbrücken kam es zu Ausschreitungen politischer Gegner. Dort veranstalteten die Nationalsozialisten einen Sprechabend, zu dem aus der Umgebung SA.-Leute erschienen. Als etwa 20 SA.-Leute aus Pfungstadt eintrafen, wurden sie von etwa 200 Personen, zumeist Kommunisten, angepöbelt und beschimpft. Es kam zu einer Schlägerei, bei der es sechs Verletzte gab, sämtlich SA.-Leute, die Stich- und Schlagverletzungen erhielten. Der SA.-Führer wurde durch einen Stich in den Rücken schwer verletzt.

Mutter erschlägt ihre vier Kinder. Die Frau des Landwirts und Straßenwarts Emil Meier in Hilzingen bei Singen am Hohentwiel hat in einem Anfall von geistiger Umnachtung nacheinander ihre vier Kinder im Alter von 9 bis 2 Jahren mit der Axt erschlagen. Alle Kinder sind kurz nach der Tat gestorben. Der Vater befand sich, während das Verbrechen verübt wurde, im Stall und war mit dem Viehfüttern beschäftigt. Die Frau klagte in den letzten Tagen über heftiges Kopfweh. Sie wurde gleich nach der Tat in die Heil- und Pflegeanstalt Reichenau gebracht.

15 Tote bei dem Brückeneinsturzunglück. Der Brückeneinsturz bei St. Denis de Pile (Frankreich) hat im ganzen 15 Todesopfer gefordert. 19 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Da die Brücke während der Belastungsproben gefilmt wurde, hofft man, aus dem Filmstreifen wichtiges Material über die Ursache des Unglücks und die Schuldfrage zu gewinnen.

Petroleumraffinerie durch Blitzschlag in Brand geraten. Auf der Station Moinesti schlug der Blitz in einen 80 Waggons Petroleum fassenden Tank der Gesellschaft Steaua Romana. Der Tank geriet in Brand und zerschmolz infolge der Hitze. Das auslaufende Feuermeer brachte drei weitere Tanks mit einem Inhalt von 500 Waggons Petroleum zur Explosion. Das Feuer griff dann auf die ganze Raffinerie über. Alle Löschversuche waren bisher vergeblich. Der Schaden beträgt etwa 50 Millionen Lei. Ob auch Menschenverluste zu beklagen sind, wurde noch nicht festgestellt, ist aber anzunehmen.

Mit Tanks und Flugzeugen gegen eine Räuberbande. An der syrischen Grenze wurden 45 syrische Räuber von türkischen Truppen getötet. Auf türkischer Seite wurden Tanks und Flugzeuge im Kampfe gegen die Banditen verwendet.

Unwetterschäden in Westbulgarien. Schwere Wolkenbrüche richteten in Westbulgarien große Verwüstungen an. Zahlreiche Häuser und Brücken wurden weggeschwemmt. Nach den bisherigen Meldungen sind sieben Menschen ertrunken. Viel Großvieh ist in den Fluten umgekommen.

Betr. Haushaltsplan.

Der Entwurf des städtischen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1931/32 liegt in der Zeit vom 6. Juni bis einschl. 15. Juni d. Js. an den Werktagen im Rathaus, Zimmer Nr. 3 während der Dienststunden zur Einsichtnahme gemäß § 66 der Städteordnung aus.

Nebra, den 5. Juni 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Bekanntmachung.

Es ist die Wahrnehmung gemacht, daß in letzter Zeit häufig jugendliche Personen in den Straßen der Stadt umherlaufen, die nur mit einer Turn- oder Badehose bekleidet sind. Diese Unsitte erregt öffentliches Aergernis und verstößt gegen die Bestimmungen des § 360 Ziffer 11 des R. Str.G.B.

Der Polizeibeamte hat Anweisung erhalten, jeden Fall der Uebertretung unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. Zuwiderhandlungen werden in Zukunft strengstens bestraft.

Nebra, den 3. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 7. Juni, abends 8¼ Uhr:

„Schloß der Liebe"

ferner:

„Die Schlange von Paris"

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Sommer-sprossen werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. Preis ℳ 2.75

In Nebra: Adler-Drogerie W. Gutsmuths

Drucksachen für Handel Gewerbe und Industrie fertigt an **Buchdruckerei W. Sauer**

Gegen Hühneraugen

Hornhaut, verdickte Hornschwielen an Händen und Füßen hat sich „Doxilin" als sauberstes und bequemstes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bestens bewährt. Packung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Schweizerhaus Vitzenburg

Sonntag, den 7. Juni, abends 8 Uhr

Dielenbetrieb

Es laden freundlichst ein

Wirthmann **Stein**

Ein Nachschlagewerk braucht jeder moderne Mensch –

aber ein „Brockhaus" muß es sein!

Verlangen Sie unverbindlich Prospekte in einer Buchhandlung

F. A. Brockhaus, Leipzig C1, Querstr. 16

Wo gibt es KAFFEE HAG

den coffeinfreien Bohnenkaffee?

Stets frisch zu haben bei:

R. Barthel, Nebra

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310606-14/fragment/page=0004

Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 67 — Sonnabend, den 6. Juni 1931. — 44. Jahrgang

Notverordnung fertiggestellt.

Dem Reichspräsidenten vom Kanzler zur Kenntnis gebracht. Veröffentlichung Ende der Woche.

Berlin, 4. Juni.

Das Reichskabinett hat am Mittwoch in einer neuen Beratung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine Arbeiten an der Notverordnung beendet. Im Anschluß daran begab sich Reichskanzler Dr. Brüning zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um den Reichspräsidenten über die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zu unterrichten. Die Veröffentlichung der Notverordnung wird frühestens Ende der Woche erfolgen. Da Reichspräsident von Hindenburg in den nächsten Tagen nach Neudeck fährt, wird die Verkündung der Notverordnung möglicherweise von Neudeck aus erfolgen.

Die vom Reichskabinett fertiggestellte neue Notverordnung stellt im ganzen ein geschlossenes Programm mit dem Zweck der Etatsanierung dar. Auch in Kreisen des Reichskabinetts ist man sich durchaus darüber klar, daß die politische Situation bei dieser Verordnung schwieriger ist als bei der vom vorigen Dezember. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß jetzt nicht wie damals nur einige wenige Bevölkerungsschichten betroffen werden. Diesmal werden selbst den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Kleinrentnern gewisse Opfer auferlegt. Die Reichsregierung will die Notwendigkeit dieser Maßnahmen in der Kundgebung begründen, die gleichzeitig mit der Notverordnung veröffentlicht werden wird. Sie besteht aus zwei Teilen, wovon der erste eine Darstellung der gegenwärtigen Situation enthält, während der zweite Teil einen Ueberblick über den Inhalt der Notverordnung gibt.

Im ganzen besteht die Notverordnung aus etwa zwei Dutzend Gesetzen, die textlich zum Teil allerdings recht kurz sind. Wie verlautet, wird die 40-Stunden-Arbeitswoche mit dieser Verordnung keine gesetzliche Festlegung erfahren. Das Kabinett hat die Festlegung, von der in letzter Zeit häufig die Rede war, offenbar aus einer Reihe von Gründen im Augenblick nicht für opportun gehalten.

Die neuen Belastungen.

Voraussichtlicher Inhalt der Notverordnung.

Berlin, 4. Juni.

Die neue Notverordnung wird etwa zwei Dutzend Einzelgesetze enthalten und gleichzeitig mit einer eingehenden Erklärung der Reichsregierung veröffentlicht werden, in der diese an den Opfersinn des deutschen Volkes appelliert, gleichzeitig aber auch die Versicherung ausspricht, daß die Reichsregierung die Revision der Tributlasten unverzüglich in Angriff zu nehmen entschlossen sei.

Dem Inhalte nach wird die Notverordnung fünf Gruppen von Fragen umfassen: 1. Ersparnismaßnahmen, 2. neue Steuern, 3. Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der sonstigen Sozialversicherungen, 4. Maßnahmen zur Besserung des Arbeitsmarktes, 5. neue Mittel für die Länder.

Die Einsparungen am Reichshaushalt

sollen etwa 220 bis 230 Millionen Mark erbringen. Sie setzen sich zusammen aus Abstrichen bei den Sachausgaben, u. a. mit 50 Millionen beim Reichswehrhaushalt, ferner 60 Millionen durch den Fortfall der Rückzahlung von Lohnsteuern bei eintretender Arbeitslosigkeit, verschiedenen anderen kleineren Einsparungen, sowie endlich den Gehaltskürzungen bei den Beamten. Die Gehälter der Beamten werden um 4 bis 8 v. H. gekürzt. Weiter soll die Kinderzulage für das erste Kind herabgesetzt werden. Auch die Renten der Kriegsbeschädigten werden um 4 v. H. gekürzt.

Die Steuererhöhungen

sollen rund 700 Millionen erbringen. Hiervon entfallen auf die Erhöhung der Zuckersteuer etwa 110 Millionen, Mineralzölle etwa 75 Millionen, Tabaksteuer etwa 13 Millionen. Den größten Betrag soll die neu eingeführte Krisensteuer mit 440 Millionen erbringen. Sie soll nach 2 verschiedenen Steuertarifen erhoben werden, und zwar a) als Krisenlohnsteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern (ohne Beamte), und b) als Krisensteuer der Veranlagten von den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen. Die Krisenlohnsteuer beträgt bei Monatseinkommen bis 300 Mark 1 v. H., bei Monatseinkommen bis 700 Mark 1,5 v. H., bei Monatseinkommen bis 1000 Mark 3,5 v. H., bei Monatseinkommen bis 1500 Mark 4 v. H., bei Monatseinkommen bis 3000 Mark 4½ v. H., bei Monatseinkommen über 3000 Mark 5 v. H. Die Krisensteuer der Veranlagten soll betragen bis 8000 Mark Jahreseinkommen 1 v. H., bis 20 000 Mark 1,5 v. H., bis 100 000 Mark 2 v. H., bis 250 000 Mark 2,5 v. H., bis 500 000 Mark 3 v. H., bis 1 000 000 Mark 3,5 v. H., über eine Million 4 v. H.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung

sehen keine Beitragserhöhungen vor. Man will vielmehr die Sanierung durch innere Reformen erzielen, die Einsparungen im Betrage von etwa 300 Millionen Mark ergeben. So sind u. a. vorgesehen eine Verlängerung der Wartezeit, besondere Maßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, u. a. m. Sämtliche Leistungen aus der Versicherung werden um 5. v. H. gekürzt

Die Maßnahmen zur Ankurbelung des Arbeitsmarktes

bestehen in der Schaffung eines Ankurbelungsfonds für die Wirtschaft aus den überschießenden Beträgen, sowie in der Ermächtigung zur Kürzung der Arbeitszeit. Das Reichskabinett erhält die Ermächtigung, die gesetzliche Arbeitszeit in besonderen Fällen auf dem Verordnungswege für bestimmte Wirtschaftszweige auf 40 Stunden wöchentlich zu verkürzen.

Die Ersparnisse und die Mehrerträgnisse der indirekten Steuern

sollen für die Deckung des Etatsdefizits verwandt werden.

Die Kürzungen der Beamtengehälter

in den Ländern und Gemeinden fließen den Ländern und Gemeinden zu, die des weiteren auch die Mittel aus der bisherigen Rückerstattung der Lohnsteuer erhalten. Ferner erhalten Länder und Gemeinden Mittel aus dem Ausgleichsfond bei der Hauszinssteuer, der etwa 110 Millionen enthält, so daß Länder und Gemeinden rund 400 Millionen Mark erhalten.

Unterwegs nach Chequers.

Die Abreise des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius nach England erfolgte Mittwoch abend 11.32 Uhr. Im Verlaufe des heutigen Donnerstags werden sich die Staatsmänner in Cuxhaven auf dem Hapagdampfer „Hamburg" einschiffen, der sie nach Southampton bringen wird. Von dort begeben sich Kanzler und Außenminister mit der Bahn nach London. Sonnabend mittag treten die deutschen Gäste im Kraftwagen die Fahrt nach Chequers an, wo sie sich bis Sonntag nachmittag aufhalten werden. Für Montag ist u. a. ein Empfang beim englischen König vorgesehen. Die Rückkehr ist für Dienstag in Aussicht genommen.

Erörterungen der Vorschläge.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister werden in Chequers zur Reparationsfrage nicht einen bestimmten Vorschlag erörtern, sondern die Herren werden, nachdem sie die Gesamtlage Deutschlands dargestellt haben, eine Reihe von Vorschlägen zur Reparationsfrage zur Erörterung stellen.

Nach den vorhandenen Möglichkeiten können sich diese Vorschläge beziehen auf die Verkündung eines Transfer- und Zahlungsmoratoriums. In unterrichteten Kreisen wird jedoch nicht angenommen, daß ein solcher Vorschlag viel Aussicht auf Erfolg hat. Die Apparatur der Haager Verträge sieht keine Schutzmaßnahmen vor, die für die gegenwärtige Lage Deutschlands mit sofortiger Wirkung zu ergreifen sind.

Es kann deshalb vielmehr angenommen werden, daß aus den Haager Verträgen in Verbindung mit politischen Maßnahmen das Mittel zur sofortigen Hilfeleistung für Deutschland gefunden werden muß. Dazu bietet Anlaß die Anrufung des Beratenden Sonderausschusses der BIZ.

Es ist aber auch denkbar, daß nach Fühlungnahme mit den Kabinetten gleich eine Reparationskonferenz einberufen wird, auf der die Gläubigerregierungen als solche vertreten sind und daß daneben die Verhandlungen der BIZ. und mit der BIZ. stattfinden.

Stimsons Informationsreise.

Die amerikanischen offiziösen Kommentare sind bemüht, den privaten Charakter der Stimsonreise zu betonen, aber schon die amerikanische Presse geht über diese Tendenz hinaus und bestätigt, daß es sich um eine Informationsreise handelt, die für die Gestaltung der amerikanischen Politik zu wichtigen internationalen und insbesondere europäischen Problemen von entscheidender Bedeutung werden dürfte. Das ergibt sich auch bereits aus der Vorgeschichte dieser Reise, aus den eingehenden Besprechungen, die Präsident Hoover mit den diplomatischen Vertretern seines Landes bei den Regierungen Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands in diesen Tagen und Wochen hatte.

…sbedürfnisses, das
…istätigkeit als aus-
klarer Erkenntnis
…n Staatssekretärs
…eifellos das Abrü-

…kanische Regierung
…hoover und sein
…auf Rosen gebettet
…baren Erfolg zu er-
…hen von den Strö-
…einen Regierungen
…rikas spielen lassen.
…auch die Gelegen-
…sche Probleme ein-
…atsmann sieht, daß
…ndem Einfluß auf
…, und insofern darf
…amit rechnen, daß
…ereitung der Abrü-
…ationsfrage miteinander auch nach Berlin
…nner werden dann
…Chequers geschieht.
…gten Staaten frei-
…tschlands zu infor-
…ß diese diplomati-
…zwar in nicht zu

Schacht über Tributrevision.

Die Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände.

Dresden, 4. Juni.

Auf der Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände nahm Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht das Wort, um zunächst zu erklären, daß seine Ausführungen nicht als eine Kandidatenrede für den Reichskanzlerposten angesehen werden dürfte.

Der Vorstoß in der Tributrevisionsfrage müsse von Deutschland ausgehen.

Die Goldklausel sei aus dem Youngplan weggelassen worden, weil sie nur in den ersten Jahren sich zu unseren Gunsten ausgewirkt hatte. Logischerweise wäre auf ein Steigen ein Sinken des Goldwertes gefolgt. Auf die Frage

„Was können wir denn zahlen?"

müsse Deutschland eindeutig erklären: „Wir können nicht einen einzigen Pfennig zahlen, sondern wir müssen noch etwas herausstreichen von dem, was wir bereits bezahlt haben, und, so erklärte Dr. Schacht mit laut erhobener Stimme, wir kriegen bestimmt später wieder etwas heraus."

Ich will, so fuhr Dr. Schacht dann fort, wieder den unverfälschten Youngplan in Kraft setzen. Man darf nicht sagen: „Wir wollen nicht zahlen! In diesem Falle tritt die Sanktionsklausel des Haager Abkommens in Kraft. Nein, wir wollen den Youngplan erfüllen. Aber die Gegner hindern uns daran. Eine Lösung des Tributproblems läßt sich finden in der Feststellung gegenüber unseren Gläubigern: Ich will erfüllen, aber auf Eure Kosten! Ihr müßt Euren Handel dementsprechend einschränken."

Unsere Außenpolitik ist stets an der einzig lebenswichtigen Frage, der Tributfrage, vorbeigegangen. Voraussetzung für eine wirklich produktive Außenpolitik ist aber gerade die Lösung der Tributfrage. Auf die Frage: „Warum haben Sie den Youngplan unterzeichnet?" sagt Dr. Schacht: „Warum haben wir den Krieg nicht gewonnen?" Ein besiegtes Volk könne seinen Kampf um die Freiheit nur schrittweise führen. Vorbedingung für eine Tributrevision war die Rheinlandbefreiung, der Youngplan aber brachte diesen politischen Nebenkomplex.

Grandi über Deutschland.

Zollunion, Abrüstung, Reparationen.

Rom, 5. Juni.

Schon durch ihren Umfang ragt die Rede, mit der der italienische Außenminister Grandi vor dem Senat die gesamtpolitische Lage Europas behandelt hat, hervor, aber sie war nicht nur durch ihr Ausmaß, sondern vielmehr noch durch ihren Inhalt eine wichtige außenpolitische Aktion der italienischen Regierung. Besonders auf die drei Fragen, die im wesentlichen Europa beschäftigen, ist Grandi ausführlich und mit sehr bemerkenswerten Darlegungen eingegangen.

Um das Negative vorwegzunehmen: zu dem deutsch-österreichischen Zollplan hat der italienische Außenminister eine ablehnende Stellung eingenommen, wenn er auch damit die Politik seines Landes in dieser Frage noch nicht endgültig festlegen wollte.

Er hat sowohl den deutsch-österreichischen Gedanken der Zollunion wie den französischen Plan finanzieller Unterstützung als ungureichend abgelehnt und die italienischen Verträge mit Oesterreich und Ungarn als richtungweisende Beispiele hingestellt, aber schon seine Erkenntnis, daß man nur mit bescheidenen und konkreten Mitteln hoffen könne, die europäische Wirtschaftskrise zu überwinden, läßt eine gewisse Hoffnung, daß Italien seine zunächst wohl aus der Ueberraschung zu erklärende und durch seine Ostpolitik bestimmte Ablehnung noch einmal revidieren möchte.

In den beiden anderen Hauptpunkten

seiner Rede hat Grandi um so mehr positive Gedanken in den Vordergrund gestellt. Das gilt für seine Ausführungen zum Abrüstungsproblem, die er mit einer offenherzigen Kritik der bisherigen Entwicklung einleitete, und die er mit der besonders für französische Ohren gemünzten Erkenntnis schloß, daß ein Uebergewicht der Waffen in den Völkern den Sinn für Gerechtigkeit schwächt.

Mit besonderer Ausführlichkeit verweilte Grandi bei dem Reparationsproblem, das ihn zu einer eingehenden Betrachtung über die Lage Deutschlands führte.

Seine Feststellung, daß die Reparationen eine der schwersten Ursachen der wirtschaftlichen und infolgedessen auch der politischen Krise sind, an der Europa leidet, ist ein Bekenntnis, das nicht ohne praktische Folgerungen bleiben sollte, und das auch in die nun bevorstehenden Besprechungen von Chequers hineinklingen wird. Die sehr stark betonte Sympathie, die der verantwortliche Leiter der italienischen Außenpolitik für Deutschland bekundete, wird nicht nur von dem deutschen Volke und seiner Regierung gern und dankbar zur Kenntnis genommen werden, sondern es wird, so hoffen wir, auch ein internationales Echo auslösen, wenn von so hervorragender Stelle aus darauf hingewiesen wird, daß es im wesentlichen der Druck der internationalen Verpflichtungen Deutschlands ist, der seine schwere innere Krisis verursacht hat und die Reichsregierung vor die ungeheure Aufgabe stellt, Heilmittel zu schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310606-14/fragment/page=0005